

## 51 Prozent

## Warum Eltern niemals cool sind



Nicole Althaus

Sie sassen im Garten, in einem Kreis rund um zwei Tischchen, auf denen vegane Häppchen in handgetöpften Schalen lagen. Drei junge Frauen in diesen gerade sehr angesagten, etwas unförmigen Hosen, die man Mom-Jeans getauft hat, weil sich darin bis vor kurzem noch nur uncoole Agglo-Mütter aus dem Haus trauten. Drei Männer, zwei davon mit zottigem Bart, einer mit Koteletten und nacktem Oberkörper, auf dem ein Baby schlief. Fünf Kleinkinder in Stoffwindeln, die barfuss auf Schöse kletterten oder am Boden herumwuselten. Die jungen Eltern tranken Biowein, redeten und lachten und sahen auf ganz entspannte Weise cool aus, so dass man sie für einen Werbefilm für eine alternative Familienversicherung hätte anheuern können.

Und so selbstverständlich, wie die Männer Windeln wechselten, trugen die Kinder kurze Namen aus zwei Silben: Noa, Emma, Ava, Liam hiessen sie in diesem Fall, und die Szene spielte sich im Garten eines Trendlokals in Phoenix, Arizona ab. Aber sie hätte sich auch in Paris, London oder Zürich zutragen können. Denn wohin man auch reist,

kann man beobachten, wie die Hipster dieser Welt gerade Kinder bekommen und versuchen, Elternschaft zu entstauben wie den Filterkaffe, den man heute wieder trinkt, wenn man vom Nachwuchs Mama und Papa gerufen wird, mit einem etwas maniert klingenden langen hellen «a» am Ende.

Wie einst in den 1970er Jahren, als die Blumenkinder-Generation sich vom Nachwuchs beim Vornamen rufen liess, weil alle kollektiven Namen, die unmissverständlich die Elternrolle markieren, nach Kleinfamilien-Gefängnis klangen, distanzieren sich heute die Hipster-Eltern sprachlich vom Dasein, das mit Familie gemeinhin assoziiert wird: dem Leben von Dads und Moms, das so gradlinig und voraussehbar ist wie ein Gang zum Supermarkt. Und wie alle Generationen vor ihnen sind sie der Überzeugung, dass sie selber nicht einfach Eltern werden, sondern als Mama und Papa mit langem hellem «a» der Aufzucht den nötigen Twist verleihen, der Familie endlich cool macht.

Warum die Kinder nicht in einer Wohngemeinschaft in der Stadt grossziehen, statt wie die Eltern im Reihenhaushaus in der Agglo? Warum den Nachwuchs nicht ins eigene hippe Dasein einpassen, statt das Leben auf ihn ausrichten? Hat man nicht bewiesen, dass selbst der Name Emma vom grosstantigen Image befreit werden kann? Warum also kein Kind in einer polyamoren Gemeinschaft statt Heirat, Familie und Scheidung?

Ja, warum nicht. Nur ändern Namen und Liebesformen, Wohngemeinschaften und Kautschuk-Nuggis nichts an der Tatsache,



Im Moment, in dem man Mutter oder Vater wird, reiht man sich in den Generationen-Reigen ein und verkörpert die Vergangenheit.

dass das Kinderhaben der Gegenentwurf ist zur Verheissung, dereinst alles anders zu machen als die Generation davor. Elternschaft nämlich ist keine Identität, die man sich beliebig zurechtlegen kann, Elternschaft ist eine soziale Aufgabe, die im Kern vom Fortschritt unberührt geblieben ist. Sie besteht seit Generationen aus Füttern, Lieben, Erziehen, Sorgen. Die Windeln müssen gewechselt, Nasen geputzt, das Essen gekocht, die Kinder geschult, das Geld verdient werden. Ob man sich dabei Daddy, Mama oder Rosmarie rufen lässt, ändert nichts am total unspektakulären Charakter der Kümmerarbeit, die Kinderhaben letztlich bedeutet. Und noch weniger an der Tatsache, dass diese in unserer Leistungsgesellschaft kein grosses Ansehen geniessen.

Von Coolness sind Eltern deshalb so weit entfernt wie Senioren von der Jugend. Egal wie sehr sich Familienbilder verändert haben und verändern werden, egal mit welchen Namen man sich von den Altvorderen distanziert, eines bleibt gleich: Im Moment, in dem man Mutter oder Vater wird, reiht man sich in den Generationen-Reigen ein und verkörpert die Vergangenheit. Wenn man Glück hat, werden die Kinder einen einst respektieren. Aber auch sie werden sicher alles anders machen wollen. Das einzig coole dabei ist, wenn es einer Generation Eltern gelingt, der nächsten das Nebeneinander von Beruf und Familie etwas zu erleichtern.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

## Alles, was Recht ist

## Wenn die Justiz in die Wahlen eingreift



Markus Felber

Wie die heutige erste Runde der französischen Präsidentschaftswahl ausgeht, bestimmen wie in jeder Demokratie die Wähler. Indirekt beeinflusst allerdings auch die Justiz die Ausmarchung um den Elysée-Palast, nachdem Kandidaten in den Fokus der Staatsanwaltschaft geraten sind. Zumindest die Umfragewerte des einstigen Favoriten François Fillon sind markant gesunken, seit Ermittlungen gegen ihn ruchbar wurden.

Bereits vor seiner Nominierung ist im Jahre 2011 der aussichtsreiche Kandidat Dominique Strauss-Kahn durch die US-Justiz aus dem Rennen um die französische Präsidentschaft geworfen worden. Die Polizei holte ihn wegen eines Vergewaltigungsverdachts aus einem starkklaren Flugzeug, führte ihn medial vor und der Staatsanwaltschaft zu. Obwohl diese die Anklage fallen liess, musste Dominique Strauss-Kahn das Feld einem gewissen François Hollande überlassen.

Selbstverständlich hat die Justiz auch während eines Wahlkampfes aktiv zu werden, sobald der ernsthafte Verdacht besteht, ein Kandidat könnte sich strafbar gemacht haben. Doch der Unschuldsvermutung kommt in solchen Fällen eine zusätzliche Bedeutung zu. Erweisen sich die Vorwürfe als unbegründet, kann die durch die Ermittlungen ausgelöste Publizität nicht nur eine politische Karriere zerstören. Betroffen ist auch das Wahlrecht des Bürgers, wenn ihm eine Option genommen wird, weil ein unschuldiger Kandidat auf der Strecke bleibt.

Trotzdem dürfen Strafverfolgungsbehörden nicht untätig bleiben bis nach der Wahl, sonst kann ihnen die Begünstigung eines schuldigen Kandidaten vorgeworfen werden. Sie müssen nach bestem Wissen und Gewissen ihres Amtes walten, dabei aber mit Blick auf Öffentlichkeit und Medien Fingerspitzengefühl beweisen. Das gilt umso mehr, als die Justiz auch missbraucht werden kann, um durch die Diffamierung eines Kandidaten eine Wahl zu manipulieren.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

## Die E-Mail-Debatte

## «Die Alternative wäre, wir lassen alle Stromkonzerne in Konkurs gehen»

Eine Sonderabgabe zugunsten der kriselnden Stromwirtschaft? Jacqueline Badran ist dafür. Gregor Rutz hält diese Notmassnahme für ein Fiasko

## Jacqueline Badran

Unsere Stromkonzerne fordern fast unisono eine Grundversorgungs-Prämie für inländischen Strom. Diese Sonderabgabe benötigen sie, weil sie seit Jahren wesentlich höhere Gestehungskosten haben, als sie mit dem tiefen Stromhandels-Preis einnehmen. Es scheint so, dass Konsens besteht über den Handlungsbedarf. Was meinen Sie?

## Gregor Rutz

Ich bin mir nicht sicher, ob wirklich Konsens besteht. Fakt ist: Die Stromkonzerne schlagen nun vier Wochen vor der Abstimmung über das Energiegesetz Alarm - nachdem vier Jahre am Gesetz herumgeschraubt worden ist. Das zeigt, wie nötig ein Nein zu dieser Vorlage ist. Dass die Stromkonzerne Notsubventionen fordern, rührt daher, dass die Preise so tief sind. Aber warum ist dies so? Weil wir massive Marktverzerrungen haben. Mir ist klar: Sie wollen eine planwirtschaftliche Stromversorgung. Ich denke anders: Marktwirtschaft bringt immer mehr Sicherheit, Effizienz und gerechtere Preise. Da Deutschland eine Planwirtschaft mit enormen Subventionsflüssen hat, sind wir faktisch gezwungen, ebenfalls zu subventionieren. Wenn wir das tun, dann nur, um die Selbstversorgung sicherzustellen. Darum ist ein Nein zum Energiegesetz so wichtig, damit dieser Unsinn nicht weitergeht.

## Jacqueline Badran

Wissen Sie, was das zeigt? Eine total gescheiterte, rein ideologisch motivierte Liberalisierung. Es ist das Gegenteil passiert von dem, was Sie sagen. Man hat ein über hundert Jahre altes System, wo man Mengen geplant und Preise tarifiert hat, abgelöst durch einen sogenannten Markt. Dadurch nämlich wurden die Preise entkoppelt von den Gestehungskosten. Strom ist eben ein nicht marktfähiges Gut, weil es essenziell ist und 365 Tage im Jahr angeboten werden muss, egal wie hoch die Nachfrage ist. Hinter vorgehaltener Hand sagen alle: Die Liberalisierung war falsch. Jetzt müssen die Strom-

## Debattierer



Jacqueline Badran, 55, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

konsumanten halt die Differenz zwischen Kosten und Handelspreis ausgleichen. In der Energievorlage heisst das kostendeckende Einspeisevergütung. Ohne das würde kein Mensch investieren. Wir müssen zurück zum jahrhundertalten Erfolgsmodell in der Stromwirtschaft.

## Gregor Rutz

Richtig: Strom ist essenziell und muss 365 Tage im Jahr angeboten werden. Darum ist der überhastete Ausstieg aus der Kernenergie so falsch, denn so fallen auf einen Schlag fast 40 Prozent der Stromproduktion weg. Wie dies ersetzt werden soll, ist völlig unklar. Mit Windkraft und Solarpanels geht es auf jeden Fall nicht. So gefährden wir die Versorgungssicherheit. Deutschland hat diesen Fehler gemacht. Dort werden die Stromlücken mit Kohlestrom überbrückt, was zu rekordhohen CO<sub>2</sub>-Emissionen führt. Finden Sie das gut? Möchten Sie, dass wir in Zukunft französischen Atomstrom und deutschen Kohlestrom importieren, um die Versorgungslücken zu schliessen? Kommt hinzu: Weil die Versorgung mit Wind- und Sonnenenergie nicht funktioniert, werden diese Energien massiv subventioniert. Eine Ineffizienz sondergleichen. Und am Schluss fällt die Wasserkraft - welche in der Schweiz über 50 Prozent der Versorgung ausmacht - zwischen Stuhl und Bank. Das ist ein einziger Subventionsdschungel, eine ineffiziente Planwirtschaft, was Sie da predigen. Woher diese Angst vor etwas mehr Markt?

## Jacqueline Badran

Schon komisch, es ist Ihre Partei, welche die Unterstützung unserer Stromkonzerne fordert. Ihr Parteipräsident Röstli ist Präsident des Wasserwirtschaft-Verbandes. Und Ihr Parteifreund Martin Ebner ist massgeblich beteiligt am Stromkonzern Alpiq, der kurz vor dem Konkurs steht. Deshalb fordert Christoph Blocher ebenso eine Grundversorgungs-Prämie. Es ist ganz einfach: Die EU hat wahnhaft ideell die Stromproduktion liberalisiert, wir haben den «autonomen» Nach-

vollzug gemacht, und Sie haben «Hurra Liberalisierung» gerufen. Das alles ist gründlich in die Hose gegangen: Alle Stromkonzerne in ganz Europa leben seit Jahren von der Substanz. So kann man keinen Markt machen, denn wäre es ein Markt, würde jetzt einfach niemand mehr produzieren. Deshalb kehrt man jetzt auf Umwegen zum alten System administrierter Preise zurück. Die Alternative wäre, wir lassen alle Stromkonzerne in Konkurs gehen. Und das, obwohl sie zu 90 Prozent Volksvermögen sind. Das kann ja schlicht niemand wollen. Die geforderte Grundversorgungs-Prämie würde 1,6 Prozent der gesamten Energiekosten eines Haushalts ausmachen. Das ist zumutbar.

## Gregor Rutz

Subventionen sind immer zu vermeiden. Ziel ist ein marktwirtschaftliches System. Das will auch meine Partei. In Deutschland haben wir weder freien Wettbewerb noch Liberalisierung. Das ist ein reines Subventionssystem. Darum funktioniert es nicht. Und weil die enormen Staatsgelder zu Wettbewerbsverzerrungen führen, sind wir nun faktisch gezwungen, ebenfalls einzugreifen. Es ist ein Fiasko.

## Jacqueline Badran

Sie haben das, was wir Markt nennen, nicht verstanden. Ohne Preise, die mindestens die Kosten decken, gibt es keine Investitionen, auf keinem einzigen Markt, bei keiner einzigen Güterklasse. Wer das verneint, ist ein Ideologe. Wir müssen in die Zukunft investieren und die kostenlosen Energiequellen nutzen: Wasser, Sonne, Biomasse und Wind. Kein Weg führt daran vorbei.

## Gregor Rutz

Wenn gewisse Produkte dank Subventionen zu Dumpingpreisen angeboten werden können, spricht man von Marktverzerrung - nicht von Markt. Das hat nichts mit marktwirtschaftlicher Preisgestaltung zu tun, sondern mit staatlicher Einmischung. Und dann funktioniert es eben nicht mehr.

## Strittis Schlagzeile

Zum unsicheren Ausgang der Präsidentschaftswahl in Frankreich.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.